



## Wählen oder nicht wählen?

### Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Nichtwahlmotiven bei der Bundestagswahl 2021

*Sabine Pokorny*

- › Unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern zeigt sich eine weitverbreitete Politikverdrossenheit, die sich in Unzufriedenheit mit Politik, Politikerinnen/Politikern und Parteien ausdrückt.
- › Nur eine Minderheit gibt an, grundsätzlich nicht wählen zu gehen. Die Mehrheit der Nichtwählerinnen und Nichtwähler der Bundestagswahl 2021 nimmt also durchaus an Wahlen teil und ist folglich auch bei der nächsten Landtags- oder Bundestagswahl eine potenzielle Wählerin oder ein potenzieller Wähler.
- › Die grundsätzliche Ablehnung dieses Staates spielt nur für eine Minderheit eine Rolle. Die Mehrheit der Nichtwählerinnen und Nichtwähler lehnt diesen Staat nicht ab.
- › Zufriedenheit mit der Politik ist allerdings kein verbreitetes Motiv, der Wahl fernzubleiben. Zufriedene Nichtwählerinnen und Nichtwähler stellen nur eine kleine Minderheit dar.

## Inhaltsverzeichnis

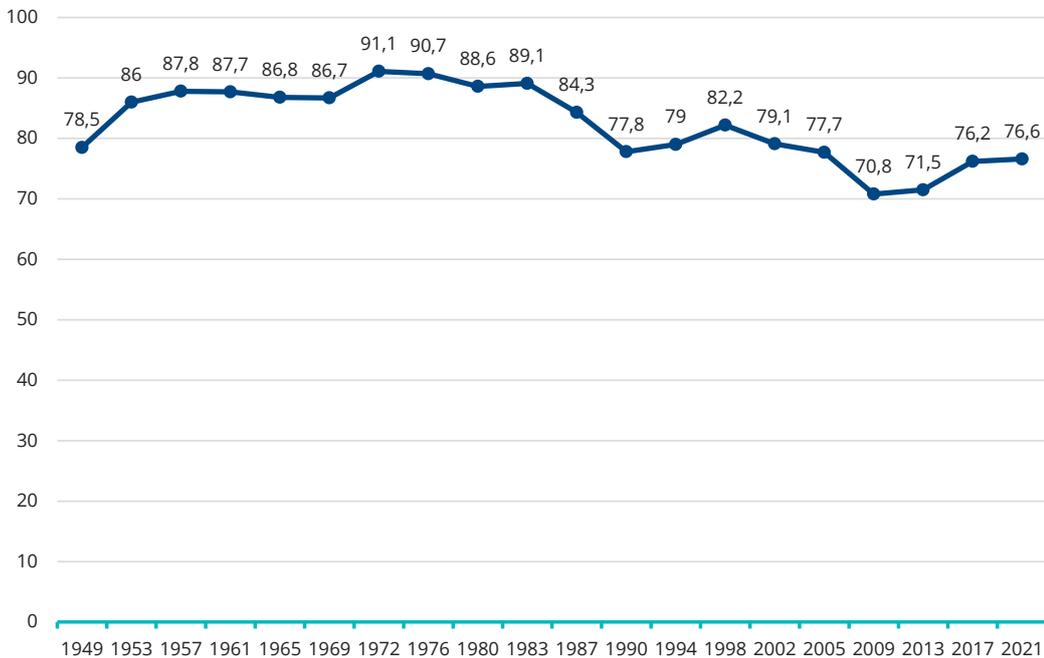
1. Einleitung .....	2
2. Die Studie .....	3
3. Motive von Nichtwählerinnen und Nichtwählern .....	5
4. Schlussbemerkung .....	9
Literatur .....	11
Impressum .....	12

### 1. Einleitung

Lange Zeit lag die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland bei über 80 Prozent. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 ist die Wahlbeteiligung erstmalig unter 80 Prozent gesunken. Seither schwankt sie immer zwischen 70 und 80 Prozent – mit Ausnahme der Wahl 1998, als sie noch einmal kurzfristig über 80 Prozent stieg. Ihren bisherigen Tiefpunkt erreichte die Wahlbeteiligung 2009, als lediglich 70,8 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl zum Deutschen Bundestag teilnahmen. Allerdings kam es nicht zu einem weiter anhaltenden Rückgang der Wahlbeteiligung. Stattdessen stieg die Wahlbeteiligung ab 2013 wieder an – mal mehr, mal weniger stark. An der Bundestagswahl 2021 nahmen 76,6 Prozent der Wahlberechtigten teil.

Der Einfluss von Geschlecht, Bildung, politischem Interesse, Demokratiezufriedenheit, Parteibindung, Einkommen, Kirchenbindung, Gewerkschaftsnähe und Wahlnorm auf die Wahlbeteiligung wurde bei früheren Wahlen untersucht. Dabei zeigte sich, dass Westdeutsche, Männer, Personen mit hoher Bildung oder hohem Einkommen und Personen mit einer Parteibindung mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an der Wahl teilnehmen (Schäfer et al. 2016; Stövsand/Roßteutscher 2019; Mayer et al. 2021). Auch ein höheres politisches Interesse und die Akzeptanz der Wahlnorm erhöhen die Wahrscheinlichkeit, seine Stimme abzugeben (Neu 2012; Schäfer et al. 2016; Stövsand/Roßteutscher 2019). Zusätzlich kann eine Studie zeigen, dass die Standardmodelle der Wahlbeteiligung auch die Wahlteilnahme oder -enthaltung von Deutschen mit Migrationshintergrund hinreichend erklären können und auf migrantenspezifische Faktoren – zumindest bei türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten sowie Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion – verzichtet werden kann (Mayer et al. 2021).

Abbildung 1:  
**Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland 1949 bis 2021**



Quelle: für 1949 bis 2017 eigene Darstellung nach Neu (2021: 3) sowie für 2021 Der Bundeswahlleiter (2022).

Die vorliegende Studie soll deshalb nicht sozialstrukturelle oder Einstellungsunterschiede zwischen Wählerinnen/Wählern und Nichtwählerinnen/Nichtwählern untersuchen, sondern hat konkrete mögliche Nichtwahlmotive abgefragt. Ein Teil dieser Motive wurde bereits in einer früheren Umfrage erhoben (Neu 2012), sodass ein Zeitvergleich möglich ist. Allerdings muss hierbei beachtet werden, dass die frühere Umfrage ein speziell auf Nichtwählerinnen und Nichtwähler ausgerichtetes methodisches Design aufwies, sodass beide Umfragen auf einer leicht unterschiedlichen Grundgesamtheit beruhen.

## 2. Die Studie

Alle Untersuchungen von Nichtwählerinnen und Nichtwählern stehen vor dem Problem, diese Gruppe korrekt zu erfassen. Bei den Wahltagsbefragungen der Institute für die sogenannte 18-Uhr-Prognose am Wahlabend werden nur Personen befragt, die gerade das Wahllokal verlassen, also an der Wahl teilgenommen haben. Weder über Brief- noch über Nichtwählerinnen und -wähler geben diese Daten Auskunft (Neu 2012: 15). Daher werden meist Daten anderer Umfrageformate für die Analyse der Wahlbeteiligung herangezogen. In repräsentativen Telefonumfragen liegt die Wahlbeteiligung allerdings meist deutlich über der tatsächlichen Wahlbeteiligung, so auch bei der Bundestagswahl 2021. Sowohl in der vorliegenden Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (Umfrage 1030 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.) als auch in den Daten der sogenannten *Rolling Cross-Section* der German Longitudinal Election Study (GLES) 2021<sup>1</sup> geben jeweils 95 Prozent der Befragten an, sich an der Bundestagswahl beteiligt zu haben. Die möglichen Gründe für die Untererfassung der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind vielfältig (siehe u. a. Neu 2012: 15 f.; Schäfer et al. 2016: 25; Elff/Roßteutscher 2016: 52, Fn 3). Erstens scheinen sich Nichtwählerinnen und Nichtwähler seltener an Umfragen zu betei-

Vielfältige Gründe für Untererfassung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern in repräsentativen Umfragen

ligen. Zweitens kommt es vor, dass Befragte angeben, an der Wahl teilgenommen zu haben, obwohl sie ihr tatsächlich ferngeblieben sind. Auch hierfür gibt es unterschiedliche Gründe. Einerseits kann es sein, dass Befragte sich nicht korrekt erinnern, andererseits führt möglicherweise die sogenannte „soziale Erwünschtheit“ zu einer falschen Angabe. Befragte geben also an, an der Wahl teilgenommen zu haben, weil sie dies für gesellschaftlich wünschenswert erachten. Dabei gibt es Hinweise, dass sich vor allem Personen mit hohem politischen Interesse und hohem sozialen Status bewusst sind, dass die Nichtteilnahme sozial „unerwünschtes“ Verhalten darstellt und somit verstärkt zum „Overreporting“ neigen.

Frühere Studien haben versucht, diese Probleme mit einem speziellen Umfragedesign zu reduzieren (Neu 2012) oder Individual- und Aggregatdaten zu ergänzen (z. B. Schäfer 2012; Schäfer et al. 2016). Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine Auswertung einer Nachwahlumfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Bundestagswahl 2021, bei der eine Vielzahl an Themen abgefragt wurde. Die Motive, der Wahl fernzubleiben, bildeten nur einen kleinen Teil der gesamten Umfrage. Aus diesem Grund wurde das Studiendesign nicht auf die Analyse der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ausgerichtet, weshalb die Untererfassung dieser Gruppe nicht überrascht. Aufgrund der insgesamt hohen Fallzahl ist es aber dennoch möglich, die Nichtwahlmotive zu analysieren.<sup>2</sup>

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hat Infratest dimap zwischen dem 30. September und 20. November 2021 insgesamt 4.000 Personen telefonisch befragt (Umfrage 1030 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.). Die Befragung fand im sogenannten Dual-Frame-Modus statt, bei dem 40 Prozent der Interviews über Mobilfunk und 60 Prozent über Festnetz durchgeführt wurden.

Repräsentative  
Telefonumfrage mit  
4.000 Befragten

Die Stichprobe wurde nach dem Zufallsprinzip aus den ADM-Auswahlrahmen für Festnetz- und Mobilfunkstichproben gezogen. Eine gezogene Telefonnummer wurde bei Nichterreichen bis zu zehnmal kontaktiert, um auch schwer erreichbare Personen in der Befragung zu berücksichtigen.

Die Daten der Umfrage wurden nach sozialstrukturellen Merkmalen gewichtet.<sup>3</sup> Die Analyse erfolgt ausschließlich mit den gewichteten Daten. Die Umfrage ist repräsentativ für die wahlberechtigte deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren.

Als Vergleich dienen Daten einer früheren Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2011, für die gezielt Nichtwählerinnen und Nichtwähler befragt wurden (Neu 2012: 17 f.). Dabei wurden Personen erneut befragt, die in Umfragen direkt nach den Bundestagswahlen 2009 und 2005 antworteten, nicht an der Wahl teilgenommen zu haben. Auf diese Art und Weise sollte die „Wahrscheinlichkeit erhöht [werden], tatsächliche Nichtwähler anzutreffen“ (Neu 2012: 17). Dazu wurden von Infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zwischen dem 30. November und dem 20. Dezember 2011 insgesamt 1.505 telefonische Interviews geführt. Davon entfielen 752 Interviews auf Nichtwählerinnen und Nichtwähler der Bundestagswahl 2009 und 753 Interviews auf Nichtwählerinnen und Nichtwähler der Bundestagswahl 2005. „Die Grundgesamtheit der Studie bilden heute [2011; Anm. der Autorin] in Deutschland lebende Wahlberechtigte, die bei den [...] Bundestagswahlen 2005 und 2009 wahlberechtigt waren und die direkt nach einer der beiden Bundestagswahlen in einer Befragung von Infratest dimap angegeben hatten, an einem der beiden Urnengänge nicht teilgenommen zu haben. [...] Die Studie ist nur für Nichtwähler repräsentativ und nicht für alle Wahlberechtigten“ (Neu 2012: 18).

### 3. Motive von Nichtwählerinnen und Nichtwählern

Die Befunde zu den Nichtwahlmotiven haben eine gute und eine weniger gute Botschaft. Die gute zuerst: Nur eine Minderheit lehnt diesen Staat als Ganzes ab oder geht grundsätzlich nicht zur Wahl. Die weniger gute Botschaft ist allerdings, dass ein Teil der häufigsten Motive, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, unter dem Begriff der Politikverdrossenheit subsumiert werden kann. In der kleinen Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zeigt sich eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit Politik, Politikerinnen und Politikern sowie politischen Parteien. Die zufriedenen Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind dagegen in der absoluten Minderheit.

Unzufriedenheit mit Politik, Politikerinnen/Politikern und Parteien bei Nichtwählerinnen/Nichtwählern

Offensichtlich hadert die Mehrheit der Nichtwählerinnen und Nichtwähler nicht mit ihrer Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, denn in der Umfrage zur Bundestagswahl 2021 gibt sie an, ihr sei die Entscheidung, der Wahl fernzubleiben, leicht oder sehr leichtgefallen. 30 Prozent fiel die Entscheidung nach eigener Auskunft sehr leicht, weiteren 32 Prozent leicht. Dagegen sagen 12 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die Entscheidung zur Nichtwahl sei ihnen schwergefallen und 17 Prozent meinen sogar, sie sei ihnen sehr schwergefallen.

Das mit Abstand wichtigste Motiv, der Wahl fernzubleiben, ist 2021 die Annahme, Parteien und Politiker<sup>4</sup> machten, was sie wollten, weshalb es keinen Sinn mache, zu wählen. 65 Prozent stimmen dem zu, Frauen etwas häufiger als Männer (70:60 Prozent). Unter den im Jahr 2011 befragten Nichtwählerinnen und Nichtwählern der Bundestagswahlen 2009 und 2005 ist dieses Motiv mit 57 und 50 Prozent weniger stark ausgeprägt, liegt aber auch hier auf Platz eins.

Mehr als die Hälfte der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sagt 2021, es habe keinen Politiker gegeben, dem er oder sie seine oder ihre Stimme geben wollte (56 Prozent). Frauen geben das deutlich häufiger an als Männer (67:47 Prozent). Unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern von 2009 und 2005 fällt die Zustimmung mit 49 und 44 Prozent erneut etwas geringer aus.

Zusätzlich sagen 47 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler der vergangenen Bundestagswahl, dass sich keine Partei für Dinge einsetze, die ihnen wichtig seien. Damit ist das 2021 das dritthäufigste Motiv, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. 2009 und 2005 liegt der Anteil mit 42 und 38 Prozent erneut leicht niedriger.

Auf Platz vier der Nichtwahlmotive liegt die Aussage „Ich wollte meine bisherige Partei nicht mehr wählen, aber es gefiel mir auch keine andere“. Hier unterscheiden sich die Nichtwählerinnen und Nichtwähler der drei untersuchten Bundestagswahlen nicht nennenswert voneinander. Rund vier von zehn Nichtwählerinnen und Nichtwählern konnten sich nach eigener Aussage weder zur Wahl ihrer bisherigen noch zur Wahl einer anderen Partei durchringen.

39 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler der Bundestagswahl 2021 geben an, durch Krankheit oder Urlaub verhindert gewesen zu sein und deshalb nicht an der Wahl teilgenommen zu haben. Frauen sind nach eigener Angabe seltener als Männer im Urlaub oder krank (34:44 Prozent). Unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern der Bundestagswahl 2009 geben nur 33 Prozent an, durch Krankheit oder Urlaub verhindert gewesen zu sein. 2005 liegt der Anteil mit 38 Prozent ähnlich hoch wie 2021.

Die grundsätzlichen Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die sich generell nicht an der Wahl beteiligen, sind 2021 mit gut einem Drittel zwar in der Minderheit, seit 2005 ist ihr Anteil aber angestiegen. In der Umfrage aus dem Jahr 2011 gaben ein gutes Fünftel der Nichtwählerinnen und Nichtwähler von 2005 und ein gutes Viertel der 2009er Wahlabstinenten an, grundsätzlich nicht wählen zu gehen.

Minderheit beteiligt sich grundsätzlich nicht an Wahlen.

---

Ebenfalls ein Drittel der Nichtwählerinnen und Nichtwähler von 2021 interessiert sich nach eigener Auskunft gar nicht für Politik, wobei das Desinteresse bei Frauen wesentlich stärker ausgeprägt ist als bei Männern (43:27 Prozent). Hier gibt es keine Vergleichswerte für 2009 und 2005, da diese Aussage in der Umfrage von 2011 nicht abgefragt wurde.

Lediglich 29 Prozent der Befragten, die der Bundestagswahl 2021 ferngeblieben sind, meinen, bei dieser Wahl sei es nicht um eine wirklich wichtige Entscheidung gegangen und sie würden nur wählen, wenn es politisch wichtig sei. Frauen sind deutlich seltener als Männer der Meinung, diese Wahl sei nicht wichtig gewesen (22:35 Prozent). Unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern der Wahlen 2009 und 2005 liegt dieser Anteil mit 20 Prozent (2009) und 15 Prozent (2005) deutlich niedriger als 2021.

Eine grundsätzliche Ablehnung des Staates betrifft nur eine Minderheit. 25 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler gehen nach eigener Angabe nicht zur Wahl, weil ihnen der Staat als Ganzes nicht gefällt. Dabei äußern deutlich mehr Frauen als Männer grundsätzliches Missfallen am Staat (32:21 Prozent). Unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern von 2009 und 2005 ist dieser Anteil geringfügig niedriger (2009: 22 Prozent; 2005: 20 Prozent) als 2021.

Ein Viertel nimmt nicht an der Wahl teil, weil ihnen der Staat als Ganzes nicht gefällt.

---

Dass vor der Wahl schon klar war, wer gewinnt und es deshalb auf die einzelne Stimme nicht angekommen sei, sagen nur 21 Prozent, wobei die Zustimmung unter Frauen etwas niedriger ausfällt als unter Männern (18:24 Prozent). Auch 21 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler von 2009 gehen von einem klaren Rennen aus, während das nur 14 Prozent der 2005er Nichtwählerschaft meinen.

Auch ein Denkkzettel ist bei allen drei Bundestagswahlen als Motiv eher die Ausnahme als die Regel. 17 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler 2021 geben an, der eigenen Partei wegen Unzufriedenheit einen Denkkzettel verpassen zu wollen. Das sagen auch 22 Prozent der Nichtwählerinnen und Nichtwähler von 2009 und 19 Prozent der Nichtwählerschaft von 2005. Damit liegt dieser Anteil bei allen drei Bundestagswahlen ähnlich niedrig.

Das seltenste Motiv bildet die Zufriedenheit. Der Aussage „Solange ich mit dem, was im Staat passiert, zufrieden bin, brauche ich nicht wählen zu gehen“ stimmen lediglich 14 (2021 und 2009) und 7 Prozent (2005) der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu. Frauen geben Zufriedenheit als Motiv, der Wahl fernzubleiben, noch seltener als Männer an (8:18 Prozent).

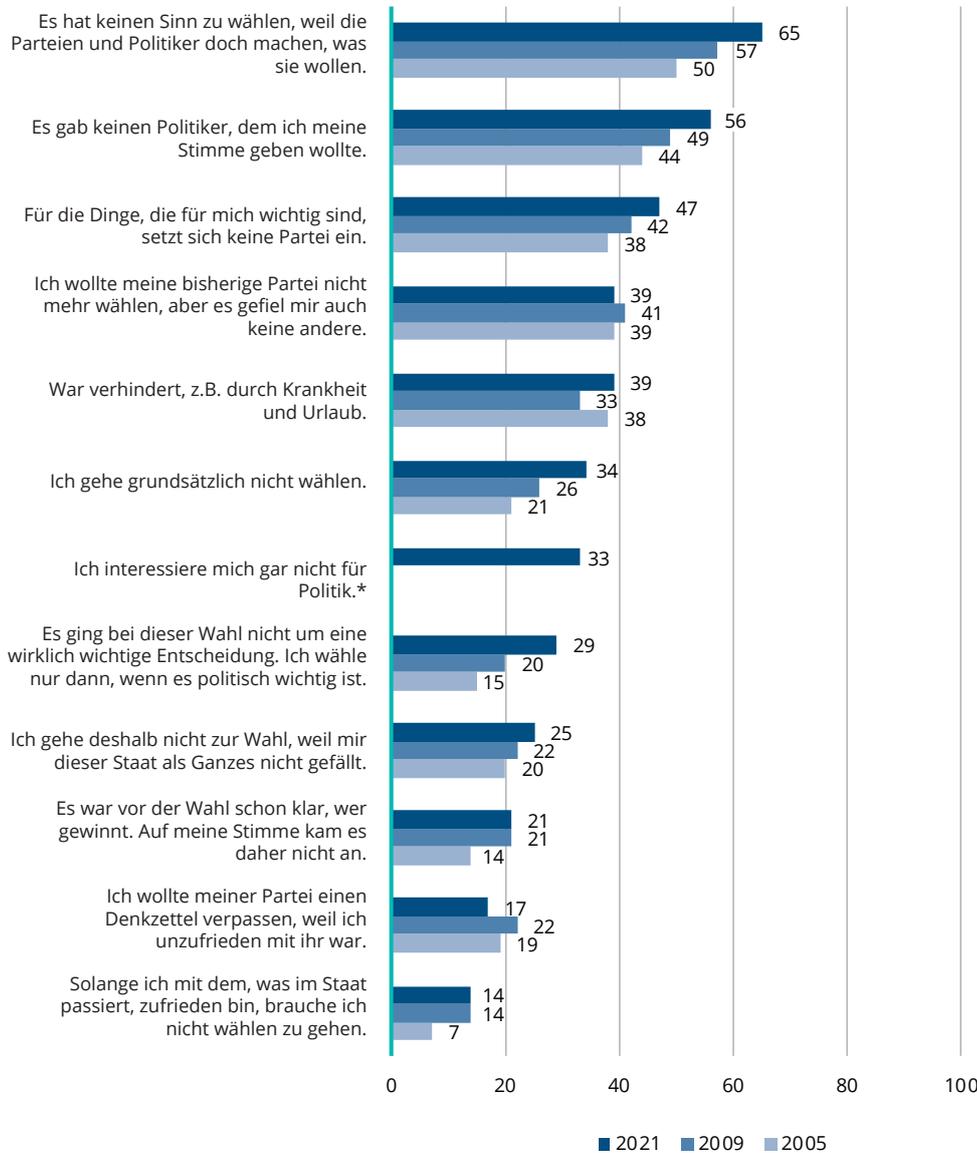
Nur 14 Prozent gehen aus Zufriedenheit nicht zur Wahl.

---

Abbildung 2:

**Nichtwahlmotive bei den Bundestagswahlen 2021, 2009 und 2005**

(Antwort: ja, trifft zu)



Quelle: Umfrage 1030 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021; Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2011.

Angaben in Prozent.

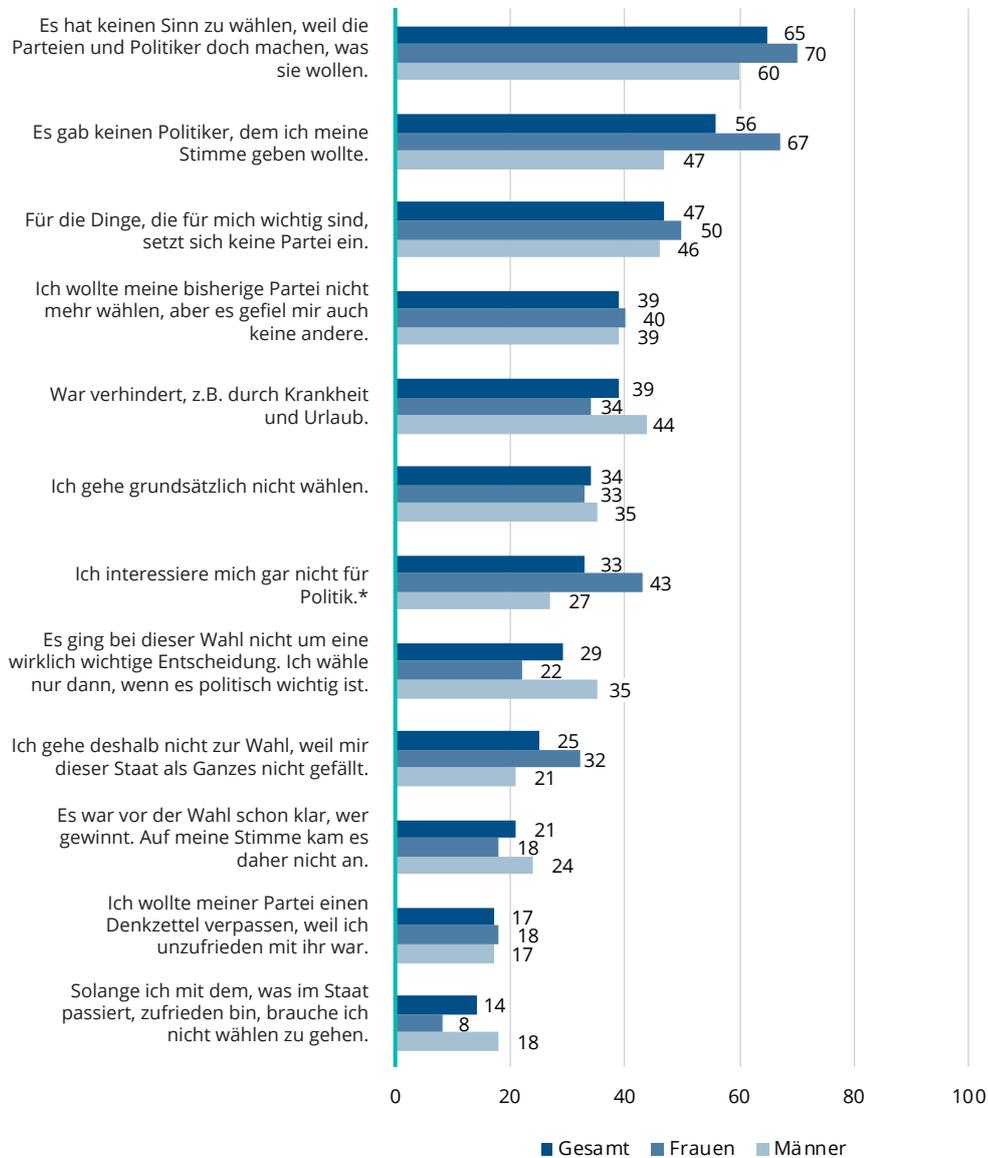
\* Diese Aussage wurde nur 2021 erhoben und nicht in der Umfrage von 2011, sodass hier kein Zeitvergleich möglich ist.

2021: Frage: „Für die Entscheidung, nicht an Wahlen teilzunehmen, gibt es unterschiedliche Gründe. Ich nenne Ihnen nun einige und Sie sagen mir bitte für jeden, ob dieser für Ihre Entscheidung, nicht an der Bundestagswahl teilzunehmen, zutrifft oder nicht.“ Antwortkategorien: „ja, trifft zu“, „nein, trifft nicht zu“, „weiß nicht“, „keine Angabe“.

2011: Frage: „Sie haben ja angegeben, wenigstens einmal an einer Bundestagswahl nicht teilgenommen zu haben. Für die Entscheidung, nicht an Wahlen teilzunehmen, gibt es unterschiedliche Gründe. Ich nenne Ihnen nun einige und Sie sagen mir bitte für jeden, ob dieser für Ihre Entscheidung, nicht an der Bundestagswahl teilzunehmen, zutrifft oder nicht.“ Antwortkategorien: „ja, trifft zu“, „nein, trifft nicht zu“, „habe immer an der Bundestagswahl teilgenommen“, „weiß nicht“, „keine Angabe“.

Abbildung 3:

**Nichtwahlmotive von Frauen und Männern bei der Bundestagswahl 2021  
 (Antwort: ja, trifft zu)**



Quelle: Umfrage 1030 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021. Angaben in Prozent.

Frage: „Für die Entscheidung, nicht an Wahlen teilzunehmen, gibt es unterschiedliche Gründe. Ich nenne Ihnen nun einige und Sie sagen mir bitte für jeden, ob dieser für Ihre Entscheidung, nicht an der Bundestagswahl teilzunehmen, zutrifft oder nicht.“ Antwortkategorien: „ja, trifft zu“, „nein, trifft nicht zu“, „weiß nicht“, „keine Angabe“.

## 4. Schlussbemerkung

Nichtwählerinnen und Nichtwähler empirisch zu untersuchen, stellt die Wahlforschung vor methodische Herausforderungen und Probleme. Für die Befragung von Wählerinnen und Wählern haben sich repräsentative Telefonbefragungen und die sogenannten Wahltagsbefragungen vor ausgewählten Wahllokalen (auch *Exit Poll* genannt) bewährt. Mit Letzteren sind Nichtwählerinnen und Nichtwähler jedoch gar nicht erreichbar und auch bei Telefonbefragungen wird der Nichtwähleranteil grundsätzlich unterschätzt. Auch in der vorliegenden Studie liegt die berichtete Wahlbeteiligung bei 95 Prozent. Es ist also möglich, dass die Nichtwählerinnen und Nichtwähler dieser Umfrage in ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung von der tatsächlichen Nichtwählerschaft abweichen. Die vorliegende Studie hat daher nicht die Zusammensetzung oder die politischen Einstellungen von Nichtwählerinnen/Nichtwählern und Wählerinnen/Wählern miteinander verglichen. Stattdessen wurden bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler gezielt nach den Motiven für das Fernbleiben der Wahl befragt.

Zu den sehr wichtigen Nichtwahlmotiven gehört Politikverdrossenheit. Ein beträchtlicher Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sieht keinen Sinn darin, wählen zu gehen, da Parteien und Politiker doch machten, was sie wollten. Hierin drückt sich ein Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber politischen Entscheidungen aufseiten der Nichtwählerinnen und Nichtwähler aus.

Auch der Aussage „Es gab keinen Politiker, dem ich meine Stimme geben wollte“ stimmt eine Mehrheit der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu. Das personelle Angebot von Parteien spielt somit nicht nur eine Rolle bei der Wahlentscheidung für die eine und gegen eine andere Partei, sondern auch bei der grundsätzlichen Entscheidung, an der Wahl teilzunehmen.

Erfreulich ist allerdings, dass nur eine Minderheit angibt, grundsätzlich nicht wählen zu gehen. Die Mehrheit der Nichtwählerinnen und Nichtwähler der Bundestagswahl 2021 nimmt also durchaus an Wahlen teil und ist folglich auch bei der nächsten Landtags- oder Bundestagswahl eine potenzielle Wählerin oder ein potenzieller Wähler.

Dazu passt, dass auch eine grundsätzliche Ablehnung dieses Staates nur für eine Minderheit eine Rolle spielt. Die Mehrheit der Nichtwählerinnen und Nichtwähler lehnt diesen Staat nicht ab.

- 
- 1 Eigene Berechnungen auf Basis des Pre-Releases 1.0.0 (Datensatz ZA7703), bezogen über das Datenarchiv der GESIS (GLES 2021).
  - 2 Ungewichtet geben 151 Befragte an, nicht an der Wahl teilgenommen zu haben. Damit reicht die Fallzahl für eine Analyse der abgefragten Nichtwahlmotive. Tiefergehende Analysen für kleinere Gruppen sind aber nur eingeschränkt möglich.
  - 3 Eine „politische“ Gewichtung nach Recall-Frage zur Bundestagswahl 2021 oder nach aktueller Parteipräferenz erfolgt nicht. Daher können die Ergebnisse, insbesondere von der Präferenz, bei einer angenommenen Bundestagswahl am kommenden Sonntag („Sonntagsfrage“) von den Ergebnissen anderer Umfragen abweichen. Abweichungen entstehen auch dadurch, dass die vorliegenden Umfragen mit mehr Befragten durchgeführt wurden als bei Umfragen zur politischen Stimmung üblich. Daraus ergibt sich auch ein längerer Zeitraum der Erhebung, der wiederum im Vergleich zu sehr kurzfristig durchgeführten Umfragen zu Unterschieden führen kann.
  - 4 In der Sozialforschung ist es nicht üblich, in Fragebögen beide Geschlechter explizit zu erwähnen, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass dadurch das Antwortverhalten beeinflusst wird. Wenn in der vorliegenden Studie nur das männliche Geschlecht (z. B. Politiker) erwähnt wird, dann bezieht sich der Text auf eine konkrete Frageformulierung im Fragebogen, bei der ebenfalls nur die männliche Form verwendet wurde.

## Literatur

- B** Der Bundeswahlleiter, 2022: Bundestagswahl 2021. <https://bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html> [zuletzt zugegriffen am 10.01.2022].
- E** Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid, 2016: Parteiwahl und Nichtwahl: Zur Rolle sozialer Konfliktlinien. In: Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer VS, 45–69.
- G** GLES, 2021: GLES Rolling Cross-Section 2021. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA 7703 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13827>.
- M** Mayer, Sabrina J./Goerres, Achim/Spies, Dennis C., 2021: Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund – Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES). In: Weßels, Bernhard/Schoen, Harald (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017. Wiesbaden: Springer VS, 81–97.
- N** Neu, Viola, 2012: „Dann bleib ich mal weg“. Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- Neu, Viola, 2021: Bundestags- und Europawahlen in Deutschland. Ergebnisse von Bundestags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- S** Schäfer, Armin, 2012: Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. In: Politische Vierteljahresschrift 53 (2), 240–264.
- Schäfer, Armin/Schwander, Hanna/Manow, Philip, 2016: Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013. In: Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer VS, 21–44.
- Stövsand, Lars-Christopher/Roßteutscher, Sigrid, 2019: Wahlbeteiligung. In: Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Baden-Baden: Nomos, 145–156.

## Impressum

### Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny ist Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie in Köln und Florenz. Von 2007 bis 2011 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**Dr. Sabine Pokorny**  
Wahl- und Sozialforschung  
Analyse und Beratung  
T +49 30 / 26 996-3544  
[sabine.pokorny@kas.de](mailto:sabine.pokorny@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022, Berlin  
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR  
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-047-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite  
© Creatopic, stock.adobe.com; nosyrevy, stock.adobe.com